



Geschäftsbericht 2005

Jahresabschluss und Lagebericht

Inhalt

1	Lagebericht	4
1.1	Allgemeines	4
1.2	Geschäftsverlauf	4
1.2.1	Bestandsentwicklung	4
1.2.2	Kapitalanlagen	5
1.2.3	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	6
1.2.4	Überschuss	6
1.3	Überschussverwendung	6
1.4	Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung	7
1.5	Ausblick	8
2	Jahresabschluss	10
2.1	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2005	10
2.2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005	12
3	Anhang	13
3.1	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2005	14
3.2	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005	20
3.3	Weitere Angaben	22
4	Anlage zum Lagebericht	24
5	Anlage zum Anhang	27
6	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	30
7	Bericht des Aufsichtsrates	31
8	Organe	33



1 LAGEBERICHT

1.1 Allgemeines

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist die Pensionskasse des steuerberatenden Berufs. Als ordentliche Mitglieder können nach unserer Satzung aufgenommen werden

- Angehörige der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes, die für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründen,
- Personen, Vereinigungen und Gesellschaften nach § 3 Nr. 1 bis 3 und § 58 des Steuerberatungsgesetzes sowie sonstige berufsständische Organisationen von Angehörigen der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes, wenn sie als Arbeitgeber Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Personen abschließen.

Im Geschäftsjahr 2005 haben wir im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung Rentenversicherungen abgeschlossen, und zwar als Grundversorgung (Altersrenten, wahlweise mit Hinterbliebenenrenten) mit oder ohne Berufsunfähigkeitsversorgung. Angehörigen der steuerberatenden Berufe bieten wir neben den Rentenversicherungen auch eine eigenständige Berufsunfähigkeitsversicherung sowie eine Risikoversicherung mit Berufsunfähigkeitszusatzversicherung an.

Wir sind eine Pensionskasse im Sinne der neuen §§ 118a und 118b Abs. 1, 2 und 6 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Nach dem nunmehr geltenden § 118b VAG sind seit dem 1. Januar 2006 alle Pensionskassen dereguliert, sofern kein Antrag auf Regulierung gestellt wurde oder die Regulierung gesetzlich bestimmt ist. Als Pensionskasse von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung im Sinne des § 156a Abs. 3 VAG a. F. sind wir bereits seit dem Jahr 1998 eine deregulierte Pensionskasse. Unsere Rechtsform ist der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) gemäß § 15 VAG. Aufgrund der satzungsmäßigen Begrenzung des versicherbaren Personenkreises können wir die besonderen Bestimmungen des § 53 VAG nutzen. Der Sitz der Pensionskasse ist Bonn.

Wir sind Mitglied im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., im Verein Versicherungsombudsmann e.V., in der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit e.V. und in der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V..

Versicherungsfremde Geschäfte haben wir nicht getätigt.

1.2 Geschäftsverlauf

1.2.1 Bestandsentwicklung

Der Neuzugang im Geschäftsjahr 2005 beruhte überwiegend auf der betrieblichen Altersversorgung und auf den neuen „Basisrenten“.

Der Neuzugang wirkte sich auf den Versicherungsbestand aus. Zum 31. Dezember 2005 belief sich die gesamte Versicherungssumme auf 867.922.633,20 €. Das bedeutete eine Steigerung um 1,0 % (im Vorjahr 2,6 %).

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich auf 33.321.955,81 €, d.h. um 1,3 % (im Vorjahr 1,6 %).

Die Zahlungen für Versicherungsleistungen haben 20.414.164,13 € betragen (im Vorjahr 17.017.652,37 €). Der Anstieg der Zahlungen beruhte vor allem auf dem weiteren Zugang an Altersrentnern und auf gestiegenen Kapitalabfindungen, die sich gegenüber dem Vorjahr um 2.229.921,08 € erhöhten.

Für die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen bilden wir versicherungstechnische Rückstellungen. Dabei werden die vertraglich vereinbarten Leistungen - einschließlich der zur Leistungserhöhung bereits verwendeten Überschussanteile - durch die Deckungsrückstellung erfasst. Die Deckungsrückstellung ist in Höhe ihres versicherungsmathematisch errechneten Wertes nach der prospektiven Methode bestimmt. Die Versicherungsleistungen werden damit nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren kapitalgedeckt finanziert.

Der Bruttobetrag der Deckungsrückstellung erhöhte sich im Geschäftsjahr um 35.640.978,00 € (im Vorjahr 41.422.539,00 €). Die geringere Zuführung gegenüber dem Vorjahr geht einher mit den gestiegenen Zahlungen für Versicherungsleistungen, die insoweit nicht mehr in der Deckungsrückstellung zu berücksichtigen waren. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung besteht die Notwendigkeit, die Deckungsrückstellung zu verstärken. Von der Zuführung zur Deckungsrückstellung entfallen 8.686.872,00 € auf die Verstärkung zum Übergang auf neue Rechnungsgrundlagen (im Vorjahr 9.481.203,00 €). Die Deckungsrückstellung beträgt brutto insgesamt 614.988.399,00 €.

Die Bewegung des Bestandes an Versicherungen ist aus der Anlage zum Lagebericht ersichtlich.

1.2.2 Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr um 35.326.076,44 € oder 5,92 % auf 631.490.662,85 € gestiegen. Ihre Zusammensetzung und Entwicklung ist im Anhang dargestellt.

Aus den Kapitalanlagen ergaben sich im Geschäftsjahr Erträge von 28.283.561,62 € gegenüber 30.768.529,25 € im Vorjahr. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf 1.396.608,65 € (im Vorjahr 2.128.761,62 €). Die laufende Nettoverzinsung ging auf 4,30 % zurück (im Vorjahr 4,40 %). Die gesamte Nettoverzinsung betrug 4,38 % (im Vorjahr 4,97 %).

Es bestehen nur geringe stille Lasten aus der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips nach § 341 b Abs. 2 HGB in Höhe von 33.500,00 €.

Die stillen Reserven der Kapitalanlagen betragen insgesamt 29.004.859,05 €; dies entspricht 4,59 % des Buchwertes der Kapitalanlagen.

Die Kapitalanlagen stellen das Sicherungsvermögen dar, das nach den aufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Bedeckung des Sollwertes aus den Verpflichtungen der Versicherungsverträge qualifiziert sein muss. Die erforderliche Bedeckung durch das Sicherungsvermögen ist gegeben.

1.2.3 Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 1.447.155,83 €. Sie liegen damit wieder unter den geschäftsplanmäßigen Sätzen und betragen 4,34 % der gebuchten Beiträge. Die darin enthaltenen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 650.357,63 € entsprechen 1,95 % der gebuchten Bruttobeiträge.

1.2.4 Überschuss

Das Ergebnis des Geschäftsjahres wurde durch die anhaltend niedrigen Kapitalmarktzinsen beeinflusst. Aus dem Abgang von Kapitalanlagen konnten wir zusätzliche Erträge erzielen. Hinsichtlich der vorzeitigen Versicherungsfälle war ein günstiger Risikoverlauf zu verzeichnen. Wegen eines in den Vorjahren für Investmentfonds gebildeten steuerlichen Ausgleichspostens fiel im Geschäftsjahr wiederum kein Steueraufwand an.

Weiterhin besteht die Notwendigkeit, die Deckungsrückstellung für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung zu verstärken. In den bis zum 31. Dezember 2004 angebotenen neueren Tarifen war eine Anpassung an die aktuelleren Rechnungsgrundlagen erforderlich, wodurch der Trend der steigenden Lebenserwartung stärker berücksichtigt wird. Von diesen Maßnahmen war der Überschuss für die nach diesen Tarifen versicherten Mitglieder betroffen. Hierbei ist das unterschiedliche Niveau der Tarifbeiträge zu berücksichtigen.

Insgesamt wurde ein Überschuss von 3.748.126,59 € (im Vorjahr 3.092.123,07 €) erzielt. Hiervon wurden 700.000,00 € der Verlustrücklage und 3.048.126,59 € der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugewiesen.

1.3 Überschussverwendung

Im Geschäftsjahr wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zur Durchführung von bisherigen Beschlüssen für die Überschussverwendung 1.771.925,61 € entnommen. Davon entfallen 1.377.593,00 € auf Erhöhungen der versicherten Leistungen, die als Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung verbucht worden sind. Im Übrigen handelt es sich um gezahlte Schlussüberschussanteile von 351.716,18 € sowie um Überschussanteile von 42.616,43 €, die mit Beiträgen verrechnet wurden.

Unter Berücksichtigung der Entnahmen und der Zuführung des Geschäftsjahres beläuft sich die Rückstellung für Beitragsrückerstattung zum 31. Dezember 2005 auf 20.380.140,62 € (im Vorjahr 19.103.939,64 €).

Gemäß § 16 Abs. 2 der Satzung legen wir den Vorschlag zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung vor. Der Aufsichtsrat leitet den Vorschlag mit seiner Stellungnahme der Vertreterversammlung zur Beschlussfassung zu.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang des Jahresabschlusses aufgeführt.

1.4 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Für die künftige Entwicklung können insbesondere **Risiken** im Bereich der Versicherungstechnik und der Kapitalanlagen von Bedeutung sein, denen wir durch angemessene Maßnahmen begegnen.

In der Versicherungstechnik stellt die Änderung der Rahmenbedingungen, insbesondere die Steigerung der Lebenserwartung, ein Risiko dar.

Wir begegnen dem durch regelmäßige Kontrolle des Risikoverlaufs und der Rechnungsgrundlagen. In dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif wird die Deckungsrückstellung nach dem geschäftsplanmäßigen Verfahren weiter verstärkt. In den neueren Tarifen werden die DAV-Sterbetafeln angewendet. Soweit deshalb erforderlich, wurde zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2005 eine weitere Anpassung der Deckungsrückstellung vorgenommen.

Zur Absicherung hoher Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenleistungen sowie medizinisch erhöhter Risiken erfolgt eine eingehende Risikoprüfung vor Vertragsabschluss. Außerdem besteht ein Rückversicherungsvertrag, durch den wir unseren Selbstbehalt übersteigende oder erhöhte Risiken für diese Versicherungsfälle rückgedeckt haben.

Die Risiken am Kapitalmarkt werden durch eine vorsichtige Anlagepolitik begrenzt. Dabei wird stets der Sicherheit der Kapitalanlagen der Vorrang vor einer eventuell höheren Rendite, die mit zu hohen Risiken verbunden wäre, gegeben. Der Schwerpunkt unserer Kapitalanlagen liegt auf festverzinslichen Wertpapieren gut fundierter Aussteller, die über ein Investment-Grade-Rating verfügen müssen. Nur ein geringer Anteil wird in Risikokapitalanlagen getätigt. Der Aktienanteil innerhalb der vorhandenen Investmentfonds betrug zum Bilanzstichtag 3,2 %. Im Direktbestand halten wir keine Aktienanlagen. Im Übrigen achten wir bei unseren Kapitalanlagen auf eine ausreichende Streuung und Mischung. Mit dieser Kapitalanlagepolitik soll sichergestellt werden, dass der garantierte Rechnungszins dauerhaft erreicht wird. Diese Kapitalanlagepolitik wollen wir auch in Zukunft beibehalten.

Die **Chancen** der künftigen Entwicklung liegen in der wachsenden Bedeutung und Notwendigkeit der zusätzlichen Altersversorgung. Die betriebliche Altersversorgung ist dabei eine wichtige Säule, die staatlich gefördert wird. Als Pensionskasse ist die Deutsche Steuerberater-Versicherung ein besonders geeigneter Durchführungsweg.

Die niedrigen Betriebskosten erlauben uns, kostengünstige und attraktive Tarife anzubieten. Es fallen keine Abschlussgebühren oder Kosten für einen Außendienst an. Die ersten Beiträge werden nicht für Provisionen verbraucht, sondern fließen direkt in die Altersvorsorge.

Mit unserer soliden Geschäftspolitik tragen wir zur Alterssicherung der Mitglieder und Versicherten bei. Interessenten an Vorsorgelösungen können uns als zuverlässigen Partner für ihre Alters- und Risikoversorge wahrnehmen.

1.5 Ausblick

Vorgänge von erheblicher Bedeutung waren nach Schluss des Geschäftsjahres nicht zu verzeichnen.

Unsere aktuellen Tarife bieten erweiterte und flexible Versicherungslösungen. Als Produktlinien stehen die folgenden Tarife zur Verfügung:

ds:Rente – die flexible Rentenversicherung

ds:Rente Plus – die umfassende Alters- und Hinterbliebenenversorgung

ds:Basis – die neue Basisrente

ds:BU – die eigenständige Berufsunfähigkeits-Versorgung

ds:RiBU – die Risikoversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung

ds:bAV – die Pensionskasse zur betrieblichen Altersversorgung.

Die steuerlichen Förderungen nach dem Altersvermögensgesetz und dem Alterseinkünftegesetz können genutzt werden.

Die zusätzliche Altersvorsorge wird unverzichtbar und die betriebliche Altersversorgung gewinnt noch stärker an Bedeutung. Dies zeigt auch die geplante Anhebung des Rentenalters in der gesetzlichen Rentenversicherung. Außerdem wird das Versorgungsniveau der gesetzlichen Rente für künftige Rentenzugänge sinken und allein für eine ausreichende Altersabsicherung nicht mehr reichen. Dies ist aus dem aktuellen Alterssicherungsbericht der Bundesregierung ersichtlich. Neben der Altersversorgung sollten auch ein angemessener Berufsunfähigkeitsschutz und die Hinterbliebenenversorgung berücksichtigt werden.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung bietet günstige und lukrative Vorsorgemöglichkeiten für die zusätzliche Alters- und Risikoabsicherung.

Wir rechnen mit einem weiteren Zugang an Versicherten und einer Steigerung des Versicherungsbestandes.

Bonn, den 19. April 2006

Der Vorstand



Petra Albrecht



Martin Bollmann

2 JAHRESABSCHLUSS

2.1 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2005

Aktiva	Euro	Euro	Euro	2005 Euro	2004 Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				171.633,00	183.932,50
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			15.690.074,06		16.031.448,06
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		107.045.022,24			92.045.095,30
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		196.245.972,38			179.381.138,00
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen		578.327,14			810.861,43
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	242.911.477,00				235.467.936,41
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	54.519.790,03	297.431.267,03			47.128.107,21
5. Einlagen bei Kreditinstituten		14.500.000,00	615.800.588,79		25.300.000,00
				631.490.662,85	596.164.586,41
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer			189.517,68		215.758,62
II. Sonstige Forderungen			53.934,32		71.823,48
				243.452,00	287.582,10
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen			104.153,50		112.344,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand			3.737.407,44		2.518.070,44
III. Andere Vermögensgegenstände			3.264.259,20		3.167.577,22
				7.105.820,14	5.797.991,66
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen				10.018.853,15	9.107.759,91
Summe der Aktiva				649.030.421,14	611.541.852,58

Gemäß § 73 VAG wird bestätigt, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Bonn, den 20. April 2006



Manfred Etscheid, Treuhänder

Passiva	Euro	Euro	2005 Euro	2004 Euro
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			7.500.000,00	6.800.000,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		4.521.398,34		4.603.451,54
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	614.988.399,00			579.347.421,00
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	77.921.186,00	537.067.213,00		75.517.683,00
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	982.231,73			1.172.012,89
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	293.187,83	689.043,90		368.436,00
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		20.380.140,62		19.103.939,64
			562.657.795,86	528.340.706,07
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		56.760,00		48.948,00
II. Sonstige Rückstellungen		202.015,01		115.812,33
			258.775,01	164.760,33
D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			77.921.186,00	75.517.683,00
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern		57.849,35		31.582,92
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		522.627,01		477.101,40
III. Sonstige Verbindlichkeiten		102.775,59		208.934,33
davon aus Steuern 23.339,12 Euro (im Vorjahr 25.514,76 Euro) im Rahmen der sozialen Sicherheit 0,00 Euro (im Vorjahr 0,00 Euro)				
			683.251,95	717.618,65
F. Rechnungsabgrenzungsposten			9.412,32	1.084,53
Summe der Passiva			649.030.421,14	611.541.852,58

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c in Verbindung mit § 118b Abs. 6 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 5. Mai 2006 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.



Bonn, den 9. Mai 2006

Martin Bollmann, Verantwortlicher Aktuar

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	Euro	Euro	2005 Euro	2004 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	33.321.955,81			32.903.355,78
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	2.514.666,39	30.807.289,42		3.572.770,98
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		82.053,20	30.889.342,62	./ 34.393,83
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung				
			1.377.593,00	1.622.001,00
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.279.217,58			1.330.080,13
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	26.157.231,10	27.436.448,68		24.866.729,28
b) Erträge aus Zuschreibungen		0,00		76.693,78
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		847.112,94	28.283.561,62	4.495.026,06
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	20.414.164,13			17.017.652,37
bb) Anteil der Rückversicherer	544.030,00	19.870.134,13		1.368.810,00
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	./ 189.781,16			./ 701.849,98
bb) Anteil der Rückversicherer	./ 75.248,17	./ 114.532,99	19.755.601,14	./ 283.545,00
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen (Deckungsrückstellung)				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		35.640.978,00		41.422.539,00
bb) Anteil der Rückversicherer		2.403.503,00	33.237.475,00	3.244.762,00
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				
			3.048.126,59	2.092.123,07
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	796.798,20			755.503,58
b) Verwaltungsaufwendungen	650.357,63	1.447.155,83		629.566,74
c) davon ab: Erhaltene Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			1.738.618,60	./ 291.462,77
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.048.734,65		867.721,62
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		347.874,00		1.261.040,00
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0,00	1.396.608,65	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung				
			2.694.112,22	2.580.581,62
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung				
			710.036,41	1.154.549,40
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		36.450,55		40.403,21
2. Sonstige Aufwendungen		184.591,24	./ 148.140,69	221.193,14
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			561.895,72	973.759,47
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			./ 138.104,28	./ 26.240,53
5. Jahresüberschuß			700.000,00	1.000.000,00
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			700.000,00	1.000.000,00
7. Bilanzgewinn			0,00	0,00

3 ANHANG

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Dabei wurde von der Möglichkeit des § 265 Abs. 8 HGB Gebrauch gemacht, Posten oder Unterposten der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung nicht aufzuführen, wenn hierunter fallende Gegenstände nicht vorhanden oder Aufwendungen oder Erträge nicht angefallen sind.

Nach dem Versicherungskapitalanlagen-Bewertungsgesetz (VersKapAG) vom 26. März 2002 sind die unter Aktiva B II 1 und 2 ausgewiesenen Kapitalanlagen nicht nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften (strenges Niederstwertprinzip), sondern nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, soweit sie dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (§ 341b Abs. 2 HGB).

Diese Zuordnung war vorsorglich für einen Teil der Inhaberschuldverschreibungen sowie für die Investmentfonds vorgenommen worden, die weit überwiegend festverzinsliche Wertpapiere enthalten.

Bei festverzinslichen Wertpapieren kann im Fall steigender Kapitalmarktzinsen und damit verbundenen sinkenden Kursen davon ausgegangen werden, dass die Wertminderung nicht dauerhaft ist, weil die Wertpapiere bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden.

3.1 Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2005

Aktiva

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

Unter dieser Position ist entgeltlich erworbene EDV-Software ausgewiesen.

Bestand am 31.12.2004	183.932,50 €
Zugänge	70.909,08 €
Abgänge	0,00 €
Abschreibungen	83.208,58 €
Bestand am 31.12.2005	171.633,00 €

B. Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr ist aus der Seite 16 ersichtlich (Aktivposten B I bis II).

I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die Grundstücke sind mit den weiterentwickelten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 HGB unter Berücksichtigung der Vorschriften des § 7 Abs. 4 EStG vorgenommen wurden. Nach vorliegenden Wertgutachten aus dem Jahr 2004 beträgt der Zeitwert der Grundstücke 15.700.000,00 € gegenüber einem Bilanzwert von 15.690.074,06 €. Die Zeitwerte sind als Verkehrswerte nach der Ertragswertmethode gemäß Wertermittlungsverordnung und den Wertermittlungsrichtlinien bestimmt worden. Das Grundstück Bonn, Poppelsdorfer Allee 24, wird zu 36 % für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt. Der Bilanzwert dieses Grundstücks beträgt 3.973.980,02 €.

II. Sonstige Kapitalanlagen

Der Zeitwert der sonstigen Kapitalanlagen beträgt 644.795.521,90 € gegenüber einem Bilanzwert von 615.800.588,79 €.

Die Zeitwerte der Investmentanteile und der Wertpapiere sind nach den Kurswerten bestimmt worden. Bei den Grundschuldforderungen wurden die Nominalwerte angesetzt. Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden nach der Barwert-Methode anhand von Renditestrukturen ermittelt.

1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Unter dieser Position sind ausgewiesen:

Investmentanteile	104.999.854,72 €
Genussrechte	2.045.167,52 €
	107.045.022,24 €

Von diesen Kapitalanlagen sind die Investmentanteile mit einem Buchwert von 104.999.854,72 € dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; diese Anteile sind daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB). Stille Lasten bestehen hierbei nicht. Die stillen Reserven betragen 4.584.129,20 €.

Die Genussrechte sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet; sie enthalten stille Reserven von 130.072,65 €.

Es waren keine Abschreibungen erforderlich. Zuschreibungen gemäß § 280 Abs. 1 HGB wurden nicht vorgenommen.

2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Bestand gliedert sich wie folgt:

a) Inhaberschuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände sowie Liquiditätspapiere	38.284.250,00 €
b) Pfandbriefe, Kommunalobligationen und andere in einem EG-Mitglied- bzw. EWR-Vertragsstaat ausgestellte Inhaberschuldverschreibungen, für die kraft Gesetzes eine besondere Deckungsmasse besteht	101.424.718,65 €
c) Industrieobligationen	14.967.325,00 €
d) Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	41.569.678,73 €
	196.245.972,38 €

Von diesen Kapitalanlagen sind Wertpapiere mit einem Buchwert von 181.278.647,38 € dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; diese Wertpapiere sind daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341 b Abs. 2 HGB). Bei diesen Wertpapieren bestehen stillen Lasten in Höhe von 33.500,00 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 10.569.396,41 €.

Die übrigen Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip (§§ 253 Abs. 3, 341 b HGB) bewertet. Die stillen Reserven betragen hierbei 753.875,00 €.

Abschreibungen wurden in Höhe von 6.500,00 € vorgenommen. Es wurden keine Zuschreibungen gemäß § 280 Abs. 1 HGB vorgenommen.

3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen

Die Darlehen sind durch erstrangige Grundschulden gesichert. Die Forderungen wurden zum Nominalwert bewertet.

4. Sonstige Ausleihungen

Diese Position verteilt sich auf folgende Untergruppen:

a) Namensschuldverschreibungen	242.911.477,00 €
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	54.519.790,03 €
	297.431.267,03 €

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zum Nennwert oder dem niedrigeren Anschaffungswert bewertet. Die stillen Reserven betragen 12.990.959,85 €.

5. Einlagen bei Kreditinstituten

Es handelt sich um Festgeldanlagen in Höhe von 14.500.000,00 €, die zum Jahresende getätigt worden sind. Sie sind zum Nominalwert bewertet.

C. Forderungen

- I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

Die Forderungen an Mitglieder sind im Verhältnis zu den Beitragseinnahmen äußerst niedrig. Von den ausgewiesenen Forderungen wurden im ersten Quartal 2006 119.535,53 € ausgeglichen.

- II. Sonstige Forderungen

Die Position besteht im Wesentlichen aus Mietforderungen.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

- I. Sachanlagen

Unter dieser Position ist ausschließlich die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen. Die Aktivierung erfolgte zu Anschaffungskosten, die Abschreibungen linear entsprechend den steuerlichen Vorschriften. Geringwertige Wirtschaftsgüter sind als Aufwendungen behandelt worden.

- II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand

Die ausgewiesenen Guthaben bestehen bei Kreditinstituten im Inland.

- III. Andere Vermögensgegenstände

Hier sind im Wesentlichen Vorauszahlungen von Renten in Höhe von 3.001.441,79 € ausgewiesen, die erst am 01.01.2006 fällig geworden sind, sowie Ansprüche auf Erstattung von Steuerzahlungen.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

- I. Abgegrenzte Zinsen

Es handelt sich um anteilige Zinsen, die auf 2005 entfallen, aber erst 2006 fällig werden.

Entwicklung der Aktivposten A und B I bis II im Geschäftsjahr 2005

	Bilanzwerte Vorjahr TsdEuro	Zugänge TsdEuro	Umbuchungen TsdEuro	Abgänge TsdEuro	Zuschrei- bungen TsdEuro	Abschrei- bungen TsdEuro	Bilanzwerte Geschäftsjahr TsdEuro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände Software	184	71				83	172
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	16.031					341	15.690
B II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	92.045	15.000					107.045
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	179.381	35.412		18.541		6	196.246
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	811			233			578
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	235.468	10.000		2.557			242.911
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	47.128	12.500		5.108			54.520
5. Einlagen bei Kreditinstituten	25.300	51.500		62.300			14.500
6. Summe B II.	580.133	124.412		88.739		6	615.800
Insgesamt	596.348	124.483		88.739		430	631.662

Passiva

A. Eigenkapital

I. Gewinnrücklagen

1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen. Die Verlustrücklage wurde um 700.000,00 € auf 7.500.000,00 € erhöht.

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Beitragsüberträge

Es werden die fälligen Zahlungen der Vierteljahres- und Jahresbeiträge jeweils zum Soll gestellt; die auf das Jahr 2006 entfallenden Beitragsanteile wurden als Beitragsüberträge abgegrenzt. Anteile des Rückversicherers bestehen nicht.

II. Deckungsrückstellung

Die zum 31. Dezember 2005 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach dem aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplan und den der Aufsichtsbehörde angezeigten Grundsätzen prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet. Sie hat sich im Geschäftsjahr 2005 wie folgt entwickelt:

	Bruttobetrag	davon rückversichert	Nettobetrag
Stand am 31.12.2004	579.347.421,00 €	75.517.683,00 €	503.829.738,00 €
Zuführung	35.640.978,00 €	2.403.503,00 €	33.237.475,00 €
Stand am 31.12.2005	614.988.399,00 €	77.921.186,00 €	537.067.213,00 €

Entsprechend sind unter Passiva D Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 77.921.186,00 € (Vorjahr: 75.517.683,00 €) ausgewiesen.

Für die Versicherungen nach dem zum 31.12.1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“) wurde die Deckungsrückstellung zunächst nach den ursprünglichen geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen ermittelt, mit denen auch die Beiträge kalkuliert sind. Demnach werden bei Anwärtern für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Allgemeinen Sterbetafeln für die Bundesrepublik Deutschland 1949/51* und bei laufenden Renten die *Richttafeln für die Pensionsversicherung von Heubeck-Fischer* verwendet.

Um die gestiegene Lebenserwartung zu berücksichtigen, erfolgt ein Übergang auf neue biometrische Rechnungsgrundlagen. Hierzu wird die Deckungsrückstellung für diese Versicherungen seit dem Jahr 1999 schrittweise verstärkt. Zum 31.12.2005 beträgt die Verstärkung 50,2 % der Differenz der nach den neuen Rechnungsgrundlagen und der nach den bisherigen Rechnungsgrundlagen ermittelten Deckungsrückstellung.

Die neuen Rechnungsgrundlagen sind durch geeignete Modifikationen aus den *Richttafeln 2005 G von K. Heubeck* abgeleitet worden, um die beobachtete Risikoentwicklung angemessen zu berücksichtigen. Für die Gesamt- und Rentnersterbewahrscheinlichkeiten werden demnach grundsätzlich 70 % der Richttafelwerte – mit weiteren Absenkungen im Altersbereich von 60 bis 75 Jahren – verwendet. Im Vorjahr waren für die neuen Rechnungsgrundlagen noch die *Richttafeln 1998 von K. Heubeck* mit Modifikationen zugrunde gelegt worden. Sowohl für die Deckungsrückstellung nach den bisherigen als auch nach den neuen Rechnungsgrundlagen beträgt der Rechnungszins einheitlich 3,5 %.

Für den ab dem 01.01.1997 geltenden „Tarif 2000“ beruhen die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafel*n DAV 1994 R. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafel*n DAV 2004 R-Bestand vorgenommen worden. Im Geschäftsjahr erfolgte eine weitere Anpassung für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafel*n DAV 2004 R-B20. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %. Der Tarif war zum 31.12.2001 für den Neuzugang geschlossen worden.

Für den ab dem 01.01.2002 geltenden „Tarif 2000 plus“ und den ab dem 01.01.2004 geltenden „Tarif 04 plus“ beruhen die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafel*n DAV 1994 R. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafel*n DAV 2004 R-Bestand vorgenommen worden. Im Geschäftsjahr erfolgte eine weitere Anpassung für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafel*n DAV 2004 R-B20. Der Rechnungszins beträgt 3,25 % für den „Tarif 2000 plus“ bzw. 2,75 % für den „Tarif 04 plus“. Diese Tarife sind ebenfalls für den Neuzugang geschlossen.

Für die seit dem 01.01.2005 für den Neuzugang geltenden Rententarife („Tarif 2005“) werden als Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Sterbetafel*n DAV 2004 R verwendet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Bei den Risikoversicherungen wurden als Rechnungsgrundlagen Werte auf einem Niveau von 75 % der *Sterbetafel*n DAV 1994 T mit einem Rechnungszins von 3,25 % bzw. 2,75 % angewendet.

Die Anwartschaften auf Hinterbliebenenrenten sind jeweils nach der Kollektivmethode berücksichtigt worden.

III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Es handelt sich um Versicherungsfälle, bei denen die abschliessende Prüfung noch aussteht.

Die Rückstellung wurde für jeden Einzelfall als Barwert der maßgeblichen Versicherungsleistungen, vermindert um das vorhandene Deckungskapital bestimmt. Der Anteil für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurde auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge entsprechend ermittelt.

IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand am 31.12.2004	19.103.939,64 €
Entnahme im Geschäftsjahr	1.771.925,61 €
Zwischensumme	17.332.014,03 €
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	3.048.126,59 €
Stand am 31.12.2005	20.380.140,62 €

Es handelt sich ausschließlich um noch nicht zugeteilte erfolgsabhängige Überschussanteile, von denen 5,7 Mio. € gemäß Beschlüssen der Vertreterversammlung vom 23.06.2001 und 18.06.2005 bereits festgelegt sind. Durch den Vorschlag zur Überschussverwendung sind weitere 0,8 Mio. € gebunden, davon 0,5 Mio. € für Schlussüberschussanteile. Im Fonds für Schlussüberschussanteile sind für Kapitalabfindungen und vorzeitige Versicherungsfälle 9,3 Mio. € reserviert.

Die Berechnung des Schlussüberschussanteilfonds erfolgte für die betroffenen Versicherungen gemäß § 28 RechVersV. Hierbei kamen versicherungsmathematische Methoden zur Anwendung. Abzinsungen wurden mit einem Zinssatz von 4,75 % vorgenommen.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang angegeben.

C. Andere Rückstellungen

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Aufgrund von Versorgungsanwartschaften wurde eine Pensionsrückstellung nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG gebildet. Als Rechnungsgrundlagen wurden die neuen Richttafeln 2005 G von K. Heubeck und ein Rechnungszins von 6,0 % verwendet, wobei ein schrittweiser Übergang auf die Teilwerte nach den neuen Richttafeln entsprechend den hierfür geltenden steuerlichen Vorschriften erfolgt.

II. Sonstige Rückstellungen

Es handelt sich insbesondere um die voraussichtlichen Aufwendungen für den Jahresabschluss (Prüfung, Steuerberatung, Druck und Veröffentlichung) sowie die Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen und für Beiträge zur Verwaltungs-Berufsgenossenschaft sowie für Instandhaltungskosten.

D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Der ausgewiesene Betrag entspricht der Position Passiva B II 2.

E. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Es handelt sich um Beitragsvorauszahlungen von Mitgliedern sowie um Verbindlichkeiten an Rentner.

II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft

Der Betrag von 522.627,01 € ergibt sich aus dem Saldo der Abrechnung nach den geschlossenen Rückversicherungsverträgen.

Der Rückversicherer ist außerdem in Höhe von 293.187,83 € an der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beteiligt (Position Passiva B III 2).

Der Rückversicherungssaldo gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 3 b RechVersV beträgt 2.096.237,04 €.

III. Sonstige Verbindlichkeiten

Es handelt sich um Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen, die im Jahre 2005 erbracht, aber erst nach dem Bilanzstichtag in Rechnung gestellt und inzwischen bezahlt wurden, sowie um Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 23.339,12 €.

F. Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dieser Position sind Mietvorauszahlungen ausgewiesen.

3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Die gebuchten Bruttobeiträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2005	2004
Laufende Beiträge	32.710.766,78 €	32.657.574,79 €
Einmalbeiträge	611.189,03 €	245.780,99 €
Gebuchte Brutto-Beiträge	33.321.955,81 €	32.903.355,78 €

Die gebuchten Bruttobeiträge betreffen ausschließlich Einzelversicherungen mit Gewinnbeteiligung.

Die abgegebenen Rückversicherungsbeiträge in Höhe von 2.514.666,39 € waren für den Selbstbehalt übersteigende Risiken zu leisten.

2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Zur Erhöhung von Leistungen aufgrund der Beschlüsse der Vertreterversammlung nach § 16 Abs. 2 der Satzung war ein Betrag von 1.377.593,00 € erforderlich, der aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zu entnehmen war. Dem steht eine entsprechende Erhöhung der Deckungsrückstellung gegenüber.

3. Erträge aus Kapitalanlagen

Es handelt sich um	2005	2004
a) Erträge aus Grundstücken	1.279.217,58 €	1.330.080,13 €
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	26.157.231,10 €	24.866.729,28 €
c) Erträge aus Zuschreibungen	0,00 €	76.693,78 €
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	847.112,94 €	4.495.026,06 €
	28.283.561,62 €	30.768.529,25 €

Die Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen ergeben sich aus dem Verkauf von Wertpapieren.

4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Die Zahlungen für Versicherungsfälle gliedern sich wie folgt:

	2005	2004
Laufende Renten	12.456.104,26 €	11.282.183,34 €
Rückvergütungen	45.465,76 €	26.192,00 €
Kapitalabfindungen	7.815.912,54 €	5.585.991,46 €
Regulierungsaufwendungen	96.681,57 €	123.285,57 €
	20.414.164,13 €	17.017.652,37 €
Anteile des Rückversicherers	544.030,00 €	1.368.810,00 €
	19.870.134,13 €	15.648.842,37 €

5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen (Deckungsrückstellung)

Der Betrag, der der Deckungsrückstellung zuzuweisen ist, setzt sich wie folgt zusammen:

a) Bruttobetrag	35.640.978,00 €
b) Anteil des Rückversicherers	2.403.503,00 €
Nettozuführung	33.237.475,00 €

Von der Zuführung entfallen 8.496.980,00 € auf den Übergang auf neue Rechnungsgrundlagen für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif sowie 189.892,00 € auf die Anpassung der Rechnungsgrundlagen für die neueren Tarife.

6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung

Nach § 16 der Satzung ist der nach Zuführung zur Verlustrücklage verbleibende Überschuss der Rückstellung für Überschussbeteiligung (Rückstellung für Beitragsrückerstattung) zuzuführen. Im Geschäftsjahr sind dies 3.048.126,59 €. Im Vorjahr belief sich der Betrag auf 2.092.123,07 €.

7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb setzen sich wie folgt zusammen:

	2005	2004
a) Abschlussaufwendungen	796.798,20 €	755.503,58 €
b) Laufende Verwaltungsaufwendungen	650.357,63 €	629.566,74 €
	1.447.155,83 €	1.385.070,32 €

Die unter c) ausgewiesene Gewinnbeteiligung aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 1.738.618,60 € ergab sich aus der Abrechnung nach den bestehenden Rückversicherungsverträgen.

8. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

a) Verwaltungsaufwendungen für	2005	2004
Grundstücke	673.218,06 €	496.111,55 €
Andere Vermögensanlagen	375.516,59 €	371.610,07 €
	1.048.734,65 €	867.721,62 €
b) Abschreibungen auf		
Grundstücke planmäßig	341.374,00 €	341.374,00 €
Grundstücke außerplanmäßig	0,00 €	892.291,00 €
Wertpapiere	6.500,00 €	27.375,00 €
	347.874,00 €	1.261.040,00 €
c) Verluste aus Abgang von Kapitalanlagen	0,00 €	0,00 €
	1.396.608,65 €	2.128.761,62 €

9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

Bei dem Betrag handelt es sich ausschließlich um rechnungsmäßige Zinsen auf das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft (Position D der Passiva).

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge

In dem Betrag sind Habenzinsen aus den Girokonten in Höhe von 35.015,37 € enthalten.

2. Sonstige Aufwendungen

Der Betrag umfasst Aufwendungen für Vertreterversammlung und Aufsichtsrat, die Prüfung und Veröffentlichung des Jahresabschlusses, die Steuerberatung, allgemeine Beratungskosten sowie für Gebühren und Beiträge.

4. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Aufwand für Steuern gliedert sich wie folgt:

Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag	- 134.169,62 €
Ausländische Quellensteuer (Erstattung)	- 3.934,66 €
	- 138.104,28 €

Es handelt sich um Steuererstattungen für Vorjahre.

Im Geschäftsjahr ist kein Steueraufwand angefallen, da aus den Investmentfonds noch ein steuerlicher Ausgleichsposten wegen thesaurierter Zinsen zu verrechnen war.

5. und 6. Jahresüberschuss

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen.

Die Zuführung zur Verlustrücklage wurde mit 700.000,00 € vorgenommen.

3.3 Weitere Angaben

3.3.1 Verpfändete Vermögensgegenstände, Haftungsverhältnisse

Verpfändete, zur Sicherung übertragene oder hinterlegte Vermögensgegenstände, für die im Insolvenzverfahren Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können - mit Ausnahme der Bestände des Sicherungsvermögens (§ 66 VAG) - sowie aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB waren weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr vorhanden.

3.3.2 Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Vorjahr Tsd Euro	Geschäftsjahr Tsd Euro
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	—	—
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	—	—
3. Löhne und Gehälter	638	647
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	108	111
5. Aufwendungen für Altersversorgung	28	29
Summe	774	787

3.3.3 Organe

Der Aufsichtsrat setzt sich aus den Herren

Dr. Horst Gehre, RA, Bonn
(Vorsitzender)

Hans-Adolf Neu, StB/vBP, Reutlingen
(stv. Vorsitzender)

Heribert Heinrichs, StB/WP, Münster

zusammen.

Der Vorstand besteht aus:

Petra Albrecht, Bonn

Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von 42.703,20 € und für die Mitglieder des Vorstandes 242.479,45 € aufgewendet. Forderungen gegenüber Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates bestehen nicht.

3.3.4 Angaben zur Belegschaft

Die Pensionskasse beschäftigte im Geschäftsjahr zwei Vorstandsmitglieder und durchschnittlich 13 Arbeitnehmer, davon 3 in Elternzeit.

Bonn, den 19. April 2006

Der Vorstand

Petra Albrecht

Martin Bollmann

4 ANLAGE ZUM LAGEBERICHT

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2005

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		Summe der Jahresrenten Euro
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	4.261	2.707	756	161	10.009.531,08
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	44	95	86	19	1.565.806,00
2. sonstiger Zugang	5	2	0	0	407,40
3. gesamter Zugang	49	97	86	19	1.566.213,40
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	6	1	22	3	235.145,80
2. Beginn der Altersrente	75	18	0	0	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	11	1	0	0	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	0	0	1	2	80.818,88
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	43	18	0	0	–
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	3	5	0	0	–
7. sonstiger Abgang	0	0	4	0	93.955,52
8. gesamter Abgang	138	43	27	5	409.920,20
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	4.172	2.761	815	175	11.165.824,28
davon					
1. beitragsfreie Anwartschaften	321	160			
2. in Rückdeckung gegeben	2.586	945	–	–	–

Hinterbliebenenrenten				Summe der Jahresrenten		
Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Witwen Euro	Witwer Euro	Waisen Euro	
252	3	56	1.375.856,96	10.515,64	125.038,00	
22	0	5	82.008,60	-	8.610,40	
0	0	0	48,60	18,84	25,56	
22	0	5	82.057,20	18,84	8.635,96	
3	0	0	8.249,08	-	-	
0	0	0	-	-	-	
0	0	0	-	-	-	
1	0	14	2.610,24	-	28.488,56	
0	0	0	-	-	-	
0	0	0	-	-	-	
0	0	0	-	-	-	
4	0	14	10.859,32	-	28.488,56	
270	3	47	1.447.054,84	10.534,48	105.185,40	
-	-	-	-	-	-	

Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen, weiteren Kapitalversicherungen und Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2005

A. Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen und weiteren Kapitalversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Sterbegeldversicherungen		Weitere Kapitalversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	42	6.280.258,00
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. abgeschlossene Versicherungen	–	–	2	200.000,00
2. sonstiger Zugang	–	–	-	-
3. gesamter Zugang	–	–	2	200.000,00
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod	–	–	–	–
2. Ablauf	–	–	–	–
3. Storno	–	–	-	-
4. sonstiger Abgang	–	–	–	–
5. gesamter Abgang	–	–	-	-
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	–	–	44	6.480.258,00
davon				
1. beitragsfreie Versicherungen	–	–	–	–
2. in Rückdeckung gegeben	–	–	44	4.412.758,00

B. Bestand an Zusatzversicherungen

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro
Bestand				
1. am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	41	11.457
2. am Ende des Geschäftsjahres	–	–	42	11.751
davon in Rückdeckung gegeben	–	–	42	8.889

Unter den sonstigen Zusatzversicherungen sind die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen zu den weiteren Kapitalversicherungen ausgewiesen.

5 ANLAGE ZUM ANHANG

Überschussverwendung

Der Vertreterversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

1. Bei Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“), die im Jahr 2006 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 5,25 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt.
2. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung mit einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
 - a) die im Dezember 2005 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten),
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2006 die versicherten Renten für im Januar 2005 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen um einen Betrag erhöht, der sich nach geschäftsplanmäßigen Grundsätzen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2005 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,
 - b) die im Dezember 2005 beitragspflichtig waren,
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 30 % des für das Jahr 2005 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die Gutschrift wird gemäß § 24 Abs. 4 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2006 verwendet.

Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, die im Jahr 2006 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird in der Grundversorgung ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 0,5 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt.

3. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000 plus“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
 - a) die im Dezember 2005 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten),
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2006 die versicherten Renten um 0,75 % erhöht; für im Januar 2005 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2005 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,
 - b) die im Dezember 2005 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,75 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2005 vorgenommen, wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,75 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2005 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2005 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2006 verwendet.

4. Bei Versicherungen nach dem „**Tarif 04 plus**“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
- a) die im Dezember 2005 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten),
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2006 die versicherten Renten um 1,25 % erhöht; für im Januar 2005 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2005 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,
 - b) die im Dezember 2005 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,25 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2005 vorgenommen,
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,25 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2005 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2005 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2006 verwendet.

5. Bei den Versicherungen „**ds:Rente**“, „**ds:Rente Plus**“, „**ds:bAV**“ und „**ds:Basis**“, jeweils nach dem seit 1. Januar 2005 hierfür geltenden „**Tarif 2005**“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
- a) die im Dezember 2005 beitragsfrei waren (ohne die laufenden Renten),
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2006 die versicherten Renten um 1,50 % erhöht; für im Januar 2005 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 25 % des für das Jahr 2005 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,
 - b) die im Dezember 2005 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,50 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2005 vorgenommen,
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,50 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2005 zuzüglich 25 % des für das Jahr 2005 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2006 verwendet.

- c) die im Dezember 2005 im Rentenbezug waren (einschließlich der Versicherungen mit sofortigem Beginn der Altersrente),
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2006 die laufenden Renten um 1,75 % erhöht.

Zusätzlich erhalten die Versicherungen nach den Buchstaben a und b bei Eintritt eines Leistungsfalles im Jahr 2006 eine Schlussüberschussbeteiligung gemäß § 8 Abs. 7 AVB, indem der für die Leistungsart erreichte Anspruch aus der laufenden Überschussbeteiligung um 20 % erhöht wird.

6. Bei Versicherungen der **eigenständigen Berufsunfähigkeitsversorgung** nach „**Tarif 2000**“, „**Tarif 2000 plus**“ oder „**Tarif 04 plus**“ – jeweils gemäß § 1 Abs. 1 Buchst. c) AVB – sowie nach „**Tarif ds:BU**“

werden im Jahr 2007 (wie im Jahr 2006) für beitragspflichtige Versicherungen Überschussanteile in Höhe von 20 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

7. Bei Versicherungen nach „**Tarif RiBUZ**“, „**Tarif 04 RiBUZ**“ oder „**Tarif ds:RiBU**“

werden im Jahr 2007 (wie im Jahr 2006) für beitragspflichtige Risikoversicherungen und die zugehörigen Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen jeweils Überschussanteile in Höhe von 30 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

6 BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutschen Steuerberater-Versicherung, Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Versicherungsvereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Versicherungsvereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Versicherungsvereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Versicherungsvereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 11. Mai 2006

Susat & Partner oHG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Dr. Schlüter
Wirtschaftsprüfer

gez. Graf von Kanitz
Wirtschaftsprüfer

7 BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat auch im Jahr 2005 seine gesetzlichen und satzungsgemäßen Aufgaben, nämlich die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes und die Mitwirkung bei zustimmungspflichtigen Entscheidungen, umfassend wahrgenommen.

Hierzu haben sechs Sitzungen stattgefunden, in denen der Vorstand nach schriftlicher Vorbereitung eingehend berichtet hat. Auch außerhalb der Sitzungen hat der Vorstand Berichte und Statistiken vorgelegt und darüber hinaus hat sich der Aufsichtsratsvorsitzende in regelmäßigen Besprechungen über die Geschäftslage berichten lassen.

Die Schwerpunkte der Beratungen und Entscheidungen des Aufsichtsrates lagen in folgenden Bereichen:

- Der Aufsichtsrat hat zustimmend davon Kenntnis genommen, dass das Produktangebot der Kasse erweitert und den gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst wurde. Es wird neben den vorhandenen Produkten mit festen monatlichen Beiträgen ein Tarif angeboten, der den Mitgliedern die Möglichkeit bietet, die Beitragshöhe jedes Jahr neu und flexibel zu gestalten.
- Der Aufsichtsrat hat sich laufend davon überzeugt, dass die von ihm aufgestellten Grundsätze der Vermögensanlage beachtet worden sind. Darüber hinaus wurden mit dem Vorstand unter Hinzuziehung externer Sachverständiger Perspektiven der Kapitalanlagen erörtert. Es wurde Übereinstimmung erzielt, den Anteil der Unternehmensanleihen im Direktbestand zu reduzieren und die Rahmenbedingungen der bestehenden Spezialfonds unter gleichzeitiger Erhöhung des Gesamtvolumens auf Unternehmensanleihen auszudehnen. Bei allen Entscheidungen zur Vermögensanlage lassen sich Aufsichtsrat und Vorstand von dem Grundsatz leiten, dass im Zweifel die Sicherheit einer Anlage stets Vorrang vor Renditeüberlegungen hat.
- Der Vorstand hat den Aufsichtsrat über das Risikomanagement laufend informiert.
- Die Kostenpläne für die Verwaltungskosten wurden auch im Jahre 2005 unterschritten. Die Betriebskosten (Abschluss- und Verwaltungskosten) liegen mit 4,34 % der Bruttobeiträge unter den ohnehin schon niedrigen geschäftsplanmäßigen Kosten. Für das Geschäftsjahr 2006 werden nach den Planungen dieselben Kostensätze erwartet.
- Der Aufsichtsrat hat sich mit der Vorbereitung der von der Vertreterversammlung am 18.06.2005 beschlossenen Satzungsänderungen (insbesondere einer gestaffelten Wahl der Aufsichtsratsmitglieder) befasst.
- Er hat außerdem anstelle der auf eigenen Wunsch ausgeschiedenen stellvertretenden Treuhänderin für das Sicherungsvermögen, Frau Edith Ketter, Herrn Steuerberater Dipl.-Bw. Hans Theo Laufenberg bestellt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005 wurden von der Susat & Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg geprüft. Aufsichtsrat und Vorstand wurden gründlich über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet. Den schriftlichen Bericht hat der Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben. Es wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Pflichtgemäß hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und den Lagebericht eingehend geprüft und gebilligt.

Dem Vorschlag des Vorstandes zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung stimmt der Aufsichtsrat zu. Er empfiehlt der Vertreterversammlung, den für das Geschäftsjahr 2005 aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht zu genehmigen und die Überschussverwendung entsprechend dem Vorschlag zu beschließen.

Bonn, den 12. Mai 2006

Für den Aufsichtsrat



Dr. Horst Gehre
Vorsitzender

8 ORGANE

Diese Angaben sind nicht Bestandteil des Jahresberichts

Mitgliedervertreter	Wahlkreis
Klaus Axmann, StB	Thüringen
Jutta Barth, StB/vBP	Niedersachsen
Franz Bausch, StB/vBP	Südbaden
Klaus Decker, StB	Bremen
Thomas Fischer, StB	Sachsen
Michaele Hagen, StB	Sachsen-Anhalt
Peter Hesse, StB/vBP	Mecklenburg-Vorpommern
Ute Mascher, StB/vBP	Hamburg
Renate Nopitsch, StB/RB	Nürnberg
Dieter Prinz, StB/WP	Köln
Hansjörg Reiter, StB/vBP	Nordbaden
Karl Friedrich Rienhöfer, StB	Westfalen-Lippe
Matthias Sand, StB	Brandenburg
Wilfried Schapke, StB	Schleswig-Holstein
Dr. Hartmut L. Schwab, StB	München
Ulrich Thiemann, StB	Rheinland-Pfalz
Jacob Trimborn, StB	Düsseldorf
Gerd Warner, StB	Berlin
Elisabeth Weber, StB	Stuttgart
Gudrun Weißenborn, StB	Hessen
Werner Welsch, StB/WP	Saarland

Aufsichtsrat:

Dr. Horst Gehre, RA, Bonn (Vors.)
 Hans-Adolf Neu, StB/vBP, Reutlingen (stv. Vors.)
 Heribert Heinrichs, StB/WP, Münster

Vorstand:

Petra Albrecht, Bonn
 Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

Verantwortlicher Aktuar:

Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

Treuhänder:

Manfred Etscheid, StB, Bonn
 Edith Ketter, StB, Bonn (stv.) bis 22.05.2005
 Hans Theo Laufenberg, Dipl.-Bw., StB, Bornheim (stv.) ab 23.05.2005

TELEFONISCHE BERATUNG:

0228 - 98 21 30

Mo – Do: 8–17 Uhr und Fr: 8–13 Uhr

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN:

Fax 0228 - 9 82 13 11
info@ds-versicherung.de

SERVICES & INFORMATIONEN:

www.ds-versicherung.de